Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa

Dokumentation

Europäisches Fachgespräch: Prävention von islamistischem Extremismus bei Jugendlichen und die Rolle der Bekämpfung von Islam- und Muslimfeindlichkeit

10./11. Dezember 2015

Brüssel

Lena Reinschmidt und Dr. Sören Hoyer

All hands together

Inhalt

1	**Einleitung**	**1**
2	**Programm**	**2**
3	**Prävention von islamistischem Extremismus bei Jugendlichen und die Rolle der Bekämpfung von Islam- und Muslimfeindlichkeit**	**4**
3.1	Begrüßung und Eröffnung des Fachgesprächs – Sera Choi (BMFSFJ)	4
3.2	Wissenschaftlicher Input zu Radikalisierung und Islamfeindlichkeit – Dr. Marwan Abou Taam	6
3.3	Präventionspolitik und deren Umsetzung in Deutschland	8
3.3.1	„Demokratie leben!“ – Die Arbeit des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Prävention von Extremismus	8
3.3.2	Vorstellung des hessischen Präventionsnetzwerks gegen Salafismus	8
3.3.3	Vorstellung der Arbeit von ufuq.de	9
3.4	Aktuelle Initiativen des Europäischen Parlaments im Bereich Radikalisierungsprävention bei Jugendlichen und Islamhass	9
3.5	Wo stehen wir und wo wollen wir hin? Bestandsaufnahmen und Forderungen aus europäischer Perspektive	10
3.6	Begrüßung und Überleitung	14
3.7	Aktivitäten und Erfahrungen aus Frankreich und Österreich	14
3.8	Abschlusspodium: Was nehmen wir mit?	17
4	**Liste der Teilnehmenden**	**20**
5	**Präsentationen**	**22**
	Impressum	

1 Einleitung

Was können Staaten unternehmen, um islamistischen Extremismus bei jungen Menschen erfolgreich zu verhindern und den Pluralismus in unseren europäischen Gesellschaften zu schützen? Diese Frage hat spätestens mit den Terroranschlägen von Paris und Brüssel noch einmal an trauriger Aktualität gewonnen. Bei der Suche nach Antworten fällt der Blick vermehrt auf ganzheitliche Präventionsansätze, die auch den Kampf gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit berücksichtigen. Hintergrund derartiger Politikansätze ist die Auffassung, dass Ausgrenzungs- und Entwertungserfahrungen zu Radikalisierungsprozessen bei Jugendlichen bzw. deren Verstärkung beitragen können.

Die Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa lud zu diesem Thema im Dezember 2015 zu einem europäischen Fachgespräch nach Brüssel ein. Das Fachgespräch diente dem europaweiten Austausch über die Rolle der Bekämpfung von Islam- und Muslimfeindlichkeit in der Prävention von islamistischem Extremismus bei Jugendlichen. Dieser Politikansatz wurde mit Vertreterinnen und Vertretern der europäischen Institutionen sowie europäischer NGOs diskutiert. Anhand von Best-Practice Beispielen aus europäischen Mitgliedstaaten wurden verschiedene Herangehensweisen und die damit gewonnen Erfahrungen sichtbar gemacht und diskutiert. Auf diese Weise wurde einerseits das gegenseitige Lernen gefördert und andererseits konnten weitere Erkenntnisse über die Wechselwirkung von Islam- und Muslimfeindlichkeit mit Radikalisierungsprozessen erschlossen werden. Vor Ort berichteten Referentinnen und Referenten aus Frankreich, den Niederlanden, Deutschland und Österreich sowie aus dem Europäischen Parlament, von der Europäischen Kommission und europäische Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft über ihre Erfahrungen und diskutierten die verschiedenen Ansätze.

Die vorliegende Dokumentation bietet einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse des Fachgespräches und soll die weiterführende, europaweite Diskussion des Themas intensivieren. Im Anhang befinden sich die Präsentationsfolien der einzelnen Inputs.

Die Beobachtungsstelle hat zum Thema des Fachgesprächs auch einen thematisch ausgerichteten Newsletter veröffentlicht, in dem verschiedene Politikansätze von Expertinnen und Experten aus Frankreich und Deutschland sowie von europäischen Organisationen noch einmal dargestellt werden.[1]

Die Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa bedankt sich herzlich bei allen Teilnehmenden für die lebhaften Diskussionen. Ein weiterer Dank geht an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) für die gute Zusammenarbeit bei der Entstehung und Durchführung des Fachgespräches.

Für die Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa

Lena Reinschmidt und Dr. Sören Hoyer

[1] http://www.beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.de/fileadmin/user_upload/Dateien/Newsletter/D_NL_1_2016_Praevention_von_islamistischem_Extremismus.pdf

2 Programm

Donnerstag, 10.12.2015	
12:30	**Ankommen der Teilnehmenden und kleiner Imbiss**
13:00	**Begrüßung und Einführung durch Sera Choi** Referat Demokratie und Vielfalt, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
13:15	**Wissenschaftlicher Input zu Radikalisierung und Islamfeindlichkeit** Dr. Marwan Abou Taam, wissenschaftlicher Experte Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz
14:00	**Kaffeepause**
14:15	**„Demokratie leben!“ - Die Arbeit des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Prävention von Extremismus** Nilden Vardar, Referat Demokratie und Vielfalt, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend **Vorstellung des hessischen Präventionsnetzwerks gegen Salafismus** Gregor Dietz, Leiter Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) **Vorstellung der Arbeit von ufuq.de** Dr. Götz Nordbruch, Co-Geschäftsführer von ufuq.de
15:15	**Kaffeepause**
15:30	**Aktuelle Initiativen des Europäischen Parlaments im Bereich Radikalisierungsprävention bei Jugendlichen und Islamhass** Ana Gomes, Mitglied des Europäischen Parlaments, S&D-Fraktion, Mitglied im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres sowie im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung
16:30	**Kaffeepause**
16:45	**Wo stehen wir und wo wollen wir hin? Bestandsaufnahmen und Forderungen aus europäischer Perspektive** Katerina Vyzvaldova, Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, FRA Julie Pascoët, Europäisches Netzwerk gegen Rassismus, ENAR Maarten van de Donk, Radicalisation Awareness Network, RAN Moderation Dr. Sören Hoyer, Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa
18:00	**Ende des ersten Tages und Ausklang im Restaurant Senza Parole**

Freitag, 11.12.2015	
08:45	**Begrüßung und Überleitung** Irina Bohn, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, ISS e.V.
08:50	**Aktivitäten und Erfahrungen in ausgesuchten Mitgliedstaaten der EU** Florence Beclier, Délégation Interministérielle à la Lutte contre le Racisme et l'Antisémitisme, Frankreich David Blum, Österreichisches Bundesministerium für Inneres Saskia Tempelman, Niederländisches Ministerium für Sicherheit und Justiz Moderation Lena Reinschmidt, Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa
10:15	**Kaffeepause**
10:45	**Abschlusspodium: Was nehmen wir mit?** Ilona von Bethlenfalvy, Europäische Kommission, Abteilung Migration und Innere Sicherheit, Referat Terrorismusbekämpfung: Prävention Joël Le Déroff, Europäisches Netzwerk gegen Rassismus, ENAR Katerina Vyzvaldova, Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, FRA Moderation Sera Choi, Referat Demokratie und Vielfalt, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
11:45	**Zusammenfassung und Verabschiedung durch Sera Choi** Referat Demokratie und Vielfalt, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
12:00	**Ausklang der Veranstaltung bei einem Mittagsimbiss**

3 Prävention von islamistischem Extremismus bei Jugendlichen und die Rolle der Bekämpfung von Islam- und Muslimfeindlichkeit

3.1 Begrüßung und Eröffnung des Fachgesprächs – Sera Choi (BMFSFJ)

Sera Choi, Referentin im Referat Demokratie und Vielfalt des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) eröffnete das Fachgespräch mit einführenden Worten. Die Begrüßungsrede wird nachfolgend abgedruckt.[2]

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, Sie zum Fachgespräch „Prävention von islamistischem Extremismus bei Jugendlichen und die Rolle der Bekämpfung von Islam- und Muslimfeindlichkeit“ begrüßen zu dürfen.

Der Kampf gegen extremistische Gewalt ist zunächst eine sicherheitspolitische Aufgabe – er ist aber auch eine gesellschaftspolitische Aufgabe. Zur Sicherheit in unserer Gesellschaft gehören präventive Angebote, die Radikalisierungsprozesse verhindern und demokratisches Handeln stärken. In europäischen und internationalen Debatten wird der Prävention verstärkt Aufmerksamkeit gewidmet. Diese Entwicklung begrüßen wir.

Ziel von Prävention muss es auch sein, den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken. In Deutschland erleben wir – neben dem Problem der islamistischen Radikalisierung – eine Mobilisierung rechter, rechtspopulistischer und anti-muslimischer Bewegungen. Uns muss es daher darum gehen, eine Spaltung der Gesellschaft zu vermeiden. Durch die Anwendung demokratischer Verfahren, durch das Leben von Demokratie – möchten wir die Konfliktfähigkeit in der Gesellschaft stärken.

„Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ heißt unser Bundesprogramm, das Anfang 2015 gestartet ist. Mit diesem Bundesprogramm standen uns dieses Jahr insgesamt 40,5 Mio. Euro zur Verfügung, um ziviles Engagement und demokratisches Handeln zu stärken. Ab 2016 werden die Mittel für das Bundesprogramm auf 50,5 Mio. Euro erhöht.

Frau Vardar wird Ihnen später noch das Programm und unseren Ansatz im Bereich der Prävention islamistischen Extremismus und Islam- und Muslimfeindlichkeit vorstellen. Ich möchte vorab einführend zum Bundesprogramm ein paar Worte anmerken.

Radikalisierungsprävention ist vor allem eine jugendpolitische Aufgabe. Denn Radikalisierung beginnt bei zumeist jungen Menschen. Aus einer jugendpolitischen Perspektive heraus geht es um die Unterstützung und um die Hilfe für junge Menschen. Junge Menschen, die in unterschiedlicher Weise betroffen und gefährdet sind, und deren Bedürfnisse in den Blick

[2] Es gilt das gesprochene Wort.

genommen werden müssen. Und deren Handlungskompetenz wir im Umgang mit islamistischem Extremismus stärken müssen.

Als Bundesfamilienministerium setzen wir zudem auf die Förderung einer aktiven Zivilgesellschaft, auf diejenigen, die sich für demokratische Werte und Vielfalt in der Gesellschaft vor Ort einsetzen. Uns geht es darum, das Zusammenwirken von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort zu verbessern.

Das Bundesfamilienministerium vertritt zudem einen phänomenübergreifenden Ansatz. Wir widmen uns unterschiedlichen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, so zum Beispiel dem Antisemitismus, der Islam- und Muslimfeindlichkeit und dem Antiziganismus und unterschiedlicher Formen von Extremismus: dem Rechtsextremismus, islamistischen Extremismus und der linken Militanz. Dieser phänomenübergreifende Ansatz erlaubt es uns, Zusammenhänge und Wechselwirkungen zu betrachten sowie Gemeinsamkeiten pädagogischer Präventionsansätze zu identifizieren. So kann die Arbeit gegen Islamismus aus Erfahrungen in der Arbeit gegen Rechtsextremismus profitieren.

Die Zusammenhänge zwischen Prävention von islamistischem Extremismus einerseits und der Prävention von Islam- und Muslimfeindlichkeit andererseits wollen wir in den nächsten zwei Tagen mit Ihnen diskutieren.

Wir wissen, dass Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrung ein Risikofaktor für die Radikalisierung junger Menschen darstellen kann. Radikale Hassprediger argumentieren mit der Islamfeindlichkeit. Lassen sich Antidiskriminierungsarbeit und die präventive Arbeit gegen Islamismus miteinander verbinden? Welche konkreten Problemlagen und Überschneidungen gibt es?

Zudem muss in der präventiv-pädagogischen Arbeit eine Stigmatisierung und Reproduktion von Vorurteilen vermieden werden. Dabei geht es vor allem auch um die Sensibilisierung von Pädagoginnen und Pädagogen. Denn islamfeindliche Einstellungen seitens Pädagoginnen und Pädagogen können zur weiteren Eskalation führen. Wie kann in der pädagogischen Auseinandersetzung mit Islamismus Islam- und Muslimfeindlichkeit thematisiert werden?

Was die präventiv-pädagogische Arbeit gegen Islamismus angeht, so stehen wir (fast) noch am Anfang. Es bedarf neuer Konzepte und Strategien in der Arbeit mit jungen Menschen. Dieses Fachgespräch möchten wir dazu nutzen, gegenseitig unsere Ansätze und Erfahrungen auszutauschen und zu reflektieren und neue Erkenntnisse in Bezug auf die Wechselwirkung zwischen Islam- und Muslimfeindlichkeit und Radikalisierungsprozessen zu erschließen. Wir freuen uns, dass Vertreterinnen und Vertreter europäischer Institutionen und Nichtregierungsorganisationen teilnehmen als auch Vertreterinnen und Vertreter aus Frankreich, Österreich und den Niederlanden.

Für die Extremismusprävention in Deutschland spielen die Bundesländer und Kommunen eine wesentliche Rolle. Uns war es daher wichtig, dass wir – wenn wir den deutschen Ansatz vorstellen – auch ein Länderbeispiel vorstellen können. Ich freue mich, dass wir mit Herrn Dietz einen Vertreter des Landes Hessens unter uns haben. Auch freue ich mich, dass Herr

Nordbruch, die Arbeit von UFUQ vorstellen wird. Der Verein UFUQ wird im Rahmen unseres Bundesprogramms gefördert.

Ich danke der Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa für die inhaltliche Konzeption und für die Organisation der Veranstaltung.

3.2 Wissenschaftlicher Input zu Radikalisierung und Islamfeindlichkeit – Dr. Marwan Abou Taam

Dr. Marwan Abou Taam, Islam- und Politikwissenschaftler und als wissenschaftlicher Experte beim Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz, macht zunächst deutlich, dass Diskriminierung von Muslimen ein alltägliches Phänomen sei. Diese Diskriminierungen werden seit kurzem auch in statistischen Erhebungen der Polizei erfasst. Die Grundlage für notwendige wissenschaftliche Analysen hat sich somit verbessert.

Abou Taam stellt zu Beginn seines Beitrags zentrale Begrifflichkeiten und deren Definitionen dar. Die Debatte (in Deutschland) drehe sich traditionell um den Begriff Extremismus. Es bestehe jedoch eine verfassungsrechtliche Toleranz gegenüber Extremismus, d.h. es ist nicht per se verboten „extrem“ zu sein. Erst wenn eine Handlung hinzukommt zur „Rettung der Gesellschaft“ bzw. Durchsetzung der „absoluten Wahrheit“ – diese ist im Extremismus veranlagt – besteht ein Straftatbestand. Fundamentalismus als weiterer Begriff in der Diskussion ist die Politisierung von Religion. Auch hier ist zunächst nur die Handlung kriminell. Radikalisierung, als dritter Begriff, ist die Nichtfähigkeit zum Kompromiss. Sie ist als relativer Begriff immer in Bezug auf die gesamtgesellschaftliche Haltung zu verstehen, so Abou Taam. Radikale Einstellungen sind dann problematisch, wenn sie entgegen des bestehenden Gesellschaftstypus stehen (radikale Demokraten sind in einer Demokratie nicht problematisch). Extremistische, also auch fundamentalistische Bewegungen zeichnen sich laut Abou Taam durch bestimmte Merkmale aus: So bestehe immer ein Alleinvertretungsanspruch einer absoluten Wahrheit. Islamisten handelten in diesem Punkt jedoch im Widerspruch zur Glaubenslehre des Islam, da dort eine absolute Wahrheit außerhalb des Göttlichen abgelehnt wird. Die extremistischen Weltanschauungen, als zweites Merkmal, arbeiteten häufig mit Dualismen wie Gott/Teufel, Rasse/Volk, etc. Extremismus bedeutet drittens immer auch die Flucht in ein Kollektiv, bei der die Vernunft abgestellt wird und viertens ein lineares, konstruiertes Geschichtsverständnis etwa von der Schöpfung bis zum jüngsten Gericht oder dem Endsieg einer Rasse angenommen wird. Fünftes zeige sich insbesondere im fundamentalistischen Extremismus eine Diktatur des Textes, wenn etwa Koran- oder Bibelzitate anstelle einer vernunftbasierten Argumentation treten. Mit Bezug auf Radikalisierung bedeute dies, dass diese kulturell als Flucht aus dem bestehenden Gesellschaftstypus zu betrachten ist. Intellektuell zeichne sie sich durch das Abstellen der Vernunft und die Annahme kollektiver Wahrheiten und traditioneller Argumentationsstrukturen aus. Dies liege gerade bei jungen Menschen, die auf der Suche nach Eindeutigkeit sind, häufig darin begründet, dass sie mit dem pluralistisch-demokratischen System überfordert sind. Politisch stelle Radikalisierung dann die Ablehnung des demokratischen Gemeinwesens dar.

Islamophobie oder Islamfeindlichkeit ist laut Abou Taam ebenso kulturell bedingt und gehe davon aus, dass Muslime nicht „dazugehören“ können. Dabei findet eine Kollektivierung statt, die eine Gefahr durch die Gesamtheit der Muslime annimmt. Islamismus und Islamophobie verstärkten sich somit gegenseitig in ihrer Argumentation.

Dr. Marwan Abou Taam

Gesellschaftspolitisch betrachtet verdichten und artikulieren die (extremen) Ränder der Gesellschaft die Vorurteile, die in der Mitte der Gesellschaft bestehen, so Abou Taam. Die Herausforderung bestehe darin, die Vorurteile innerhalb der Mitte der Gesellschaft zu bekämpfen. Hier herrsche vor allem ein Wahrnehmungsproblem. Es gebe, anders als die Mehrheitsgesellschaften in Europa es wahrnehmen, nicht die „Kultur des Islam“. Viele Jugendliche mit (muslimischem) Migrationshintergrund in Europa leben mit negativen Narrativen, sowohl von Seiten der Familien („Du bist wie ein Deutscher!“) als auch von Seiten der Gesellschaft („Du bist Muslim!“). Dies macht sie empfänglich für Radikalisierung durch Extremisten, die mit entsprechenden Angeboten Zugehörigkeitsgefühle schaffen. Das Umfeld und charismatische Personen spielen losgelöst von der Ideologie eine zentrale Rolle bei dieser Identitätsstiftung. Die Ursachen für Radikalisierung seien allerdings noch nicht ausreichend wissenschaftlich erforscht. Klar sei jedoch, dass man die Angebote der Radikalen uninteressant machen und den Jugendlichen einen Platz in der Gesellschaft bieten müsse, um Radikalisierung zu verhindern. Hierbei betonte Abou Taam noch einmal, dass man die Deutungs- und Definitionshoheit erhalten müsse und nicht den Radikalen und Hasspredigern überlassen dürfe. Daher sei es auch irreführend von Gegennarrativen zu sprechen, da diese die eigentlichen Narrative darstellten. Auf Nachfrage nach dem Zusammenhang von Islamfeindlichkeit und Radikalisierung erläuterte Abou Taam, dass Islamfeindlichkeit ein Faktor sein kann. Diskriminierungserfahrungen würden häufig in den Narrativen der Islamisten verarbeitet. Insbesondere sehr gut gebildete junge Menschen fühlten sich häufiger stark diskriminiert, da ihnen suggeriert wird, dass eine gute Bildung die Eintrittskarte zu einer erfolgreichen Biografie in der Gesellschaft ist. Wenn dies nicht eintritt, ist die Frustration daher besonders hoch. Frau Vardar merkt dazu an, dass selbst diejenigen, die Eingang in etablierte Strukturen finden, dort Diskriminierungserfahrungen machen.

3.3 Präventionspolitik und deren Umsetzung in Deutschland

3.3.1 „Demokratie leben!“ – Die Arbeit des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Prävention von Extremismus

Nilden Vardar, Referentin im Referat Demokratie und Vielfalt des Deutschen Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), berichtet von der Neukonzeption des Bundesprogramms Demokratie leben! im Jahr 2015. Strukturell umfasst es nun sowohl die Kommunen als auch die Bundesländer und die Bundesebene. Die förderfähigen Themen wurden erweitert. Mittel zur Förderung von Modellprojekten stehen nun auch für die Bereiche Muslimfeindlichkeit, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie Radikalisierungsprävention zur Verfügung.

Frau Vardar erläutert anschließend den Präventionsansatzes des BMFSFJ. Prävention wird aus der Perspektive des Jugendschutzes betrachtet und folgt einem ganzheitlichen Verständnis. Die Potentiale der jugendlichen Individuen stehen dabei im Vordergrund. Ziel des BMFSFJ ist es dabei, die Zivilgesellschaft zu stärken und die Vernetzung unterschiedlicher Akteure voranzutreiben. Ein zentraler Teil des Programms fokussiert dabei auf die Inklusion und Teilhabe von Muslimen. Hierzu wird der Schwerpunkt auf einen Peer-Group-Ansatz gelegt, um die Jugendlichen besser zu erreichen.

3.3.2 Vorstellung des hessischen Präventionsnetzwerks gegen Salafismus

Gregor Dietz, Leiter Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE), stellt den Präventionsansatz des Bundeslandes Hessen im Kampf gegen Salafismus vor und geht insbesondere auf die neu geschaffenen Koordinierungsstrukturen ein. Das HKE fungiert als Koordinierungsstelle, die einerseits dabei hilft, die ressortübergreifende Handlungsfähigkeit zu stärken. Andererseits steht auch ein eigenes Budget zur Umsetzung von Projekten und Programmen zur Verfügung. Das HKE wirkt hier als interministerieller Berater, was sich als strategisch sehr vorteilhaft herausstellt. Als Teil des Präventionsnetzwerkes arbeitet das HKE eng mit der Zivilgesellschaft zusammen und verfolgt einen Peer-Group Ansatz. Inhaltlich sind dabei sowohl Prävention als auch Intervention Teil der Arbeit. Felder der Prävention sind die Schule, der Justizbereich, Universitäten und die Jugendarbeit. Im

Bereich Schule setzt man bei der Information und Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern an. Im Justizbereich wird Gefängnispersonal geschult, es gibt Programme zur Betreuung und Arbeit mit Radikalisierten und die muslimische Gefangenenseelsorge ergänzt dies. An den Universitäten wurden pädagogische Zusatzmodule im Studium der Islamwissenschaften eingeführt, um den Absolventen Beschäftigungschancen zu eröffnen, etwa in Beratungsstellen, und gleichzeitig entsprechend ausgebildetes Personal für diese Stellen zur Verfügung zu stellen. In der Jugendarbeit bestehen Kooperationen mit Moscheegemeinden und Street-Worker-Projekten, die sich als sehr erfolgreich erwiesen haben und den Peer-Group Ansatz unterstreichen. Auch die Kommunen agieren innerhalb des Netzwerkes als Partner.

3.3.3 Vorstellung der Arbeit von ufuq.de

Dr. Götz Nordbruch, Co-Geschäftsführer von ufuq.de, berichtet von der Umsetzung von Präventionsarbeit in der praktischen Arbeit. Er stellt die Arbeit des Projektes ufuq.de vor, das eine strukturelle Förderung durch das Bundesprogramm Demokratie leben! erhält. Das Projekt hat es sich zum Ziel gesetzt, die politische Bildung von jungen Muslimen zu stärken. Nordbruch macht klar, dass politische Bildung elementarer Teil von Präventionsarbeit ist. Ufuq.de ist in der Jugendarbeit sowohl online als auch offline aktiv. Jungen Muslimen wird hier Raum gegeben, konkrete Fragen zu stellen, die in ihrem Alltag und ihrer Identitätsfindung entstehen, wie etwa, ob man als Muslim in einen James-Bond Film gehen darf. Im Rahmen des Projektes werden außerdem Fortbildungen bei Polizei und Justiz durchgeführt. Schließlich steht auch die Überführung von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die pädagogische Arbeit in die Praxis im Mittelpunkt der Arbeit. Aus der Arbeit von ufuq.de mit den Jugendlichen werde deutlich, dass junge Muslime Diskriminierungserfahrungen machen. Dazu gehört auch, dass über Muslimfeindlichkeit weder im Alltag noch in der Schule gesprochen wird.

3.4 Aktuelle Initiativen des Europäischen Parlaments im Bereich Radikalisierungsprävention bei Jugendlichen und Islamhass

Ana Gomes, Mitglied des Europäischen Parlaments, der S&D-Fraktion und im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres sowie im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung berichtet von der Entschließung des Europäischen Parlaments zur Prävention der Radikalisierung und Anwerbung europäischer Bürger durch terroristische Organisationen. Man habe einen parteiübergreifenden Konsens gefunden, bei dem die

MEP Ana Gomes (2te von links)

Bedeutung von Präventionspolitik betont wird. Dafür sind finanzielle Mittel, Programme und der Einbezug der Akteure vor Ort notwendig. Gomes betont, dass Ungerechtigkeit und zunehmende Ungleichheit in unseren Gesellschaften einen Nährboden für Radikalisierung bilden. In diesem Zusammenhang übt sie Kritik an der Rolle der Austeritätspolitik der EU. Diese habe u. a. die Jugendarbeitslosigkeit weiter steigen lassen. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa sei ein zentrales Problem. Man müsse Jugendlichen Perspektiven bieten, um sie vor Radikalisierung zu schützen. Auch die Integrationspolitik müsse verbessert werden. Mit Bezug auf Muslime in Europa stellt Gomes fest, dass diese vielfach Diskriminierungserfahrungen machen. Der Islam werde stigmatisiert, u. a. auch weil die Diskussionen über Terrorismus, Flüchtlinge, Migranten und Islam miteinander vermischt würden. Diese Stigmatisierung des Islam müsse bekämpft werden. Dafür sei es auch unabdingbar, deutlich zu sagen, dass der Islam zu Europa gehöre.

Gomes betont den transnationalen Charakter des Problems und fordert daher, dass eine verstärkte europäische Zusammenarbeit notwendig sei. Hier stehe sowohl der Austausch von Informationen zwischen Staaten und Behörden im Vordergrund. Aber auch Informationen und Wissen über Radikalisierungsprozesse im Allgemeinen und im Internet und Gefängnis im Speziellen müssten innerhalb Europas verstärkt ausgetauscht werden.

3.5 Wo stehen wir und wo wollen wir hin? Bestandsaufnahmen und Forderungen aus europäischer Perspektive

Katerina Vyzvaldova stellt zunächst die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) vor. Die FRA wurde 2007 als unabhängiges Forschungsinstitut gegründet, um EU-Institutionen und Mitgliedstaaten in Fragen der Grundrechte zu beraten. Vyzvaldova erklärt zunächst, dass es bisher keine Legaldefinition von Islamophobie gebe. Die Forschungsarbeit der FRA (qualitative Interviews mit Muslimen, quantitative Erhebungen) mache deutlich, dass Politikansätze dahingehend überarbeitet werden müssten, Vertrauen innerhalb muslimischer Gemeinschaften zu verbessern. Auch Hassverbrechen müssten stärker bekämpft werden.

Katerina Vyzvaldova

Die Daten belegen, dass Muslime oftmals aufgrund ihres Aussehens vermehrt angefeindet werden. Auch in Schulen werden muslimische Kinder teilweise als Terroristen diffamiert. Neben dieser offenen Islamfeindlichkeit äußert sich Islamophobie insbesondere auch versteckt in alltäglichen Situationen. Vermieter fragen nach Sprachkenntnissen oder der Größe der Familie, Lehrerinnen und Lehrer äußern sich abwertend über die religiöse oder

ethnische Herkunft von muslimischen Schülern oder Leiharbeitsfirmen werden gebeten, keine muslimischen Arbeitnehmer zu entsenden. Insbesondere Muslime der zweiten und dritten Generation machen häufig die Erfahrung, dass sie als Ausländer gesehen und ihnen mit Misstrauen begegnet wird.

Ein wichtiger Punkt, den Vyzvaldova hervorhebt, ist der Mangel an vergleichbaren Daten zu Diskriminierung und Hassverbrechen gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund oder ethnischen Minderheiten, mit besonderem Fokus auf Religion. Aus diesem Grund hat die FRA 2008 den EU MIDIS Survey durchgeführt. Darin berichteten 33% der Befragten, in den vergangenen 12 Monaten Opfer von Diskriminierung geworden zu sein. Von diesen Betroffenen haben 79% die Vorfälle nicht angezeigt, mit der Begründung, dass dies auch nichts ändern würde. Eine/r von zehn Befragten war in den vorausgegangenen 12 Monaten Opfer eines Hassverbrechens geworden. 25% waren in den vergangenen Monaten von der Polizei angehalten worden. Die Mehrzahl sah dies damit begründet, dass sie muslimisch waren. Im Jahr 2015 erfolgte mit EU MIDIS II die zweite Erhebungswelle, die aktuell in der Auswertung ist. So können mögliche Trends aufgezeigt werden. Außerdem soll der Frage nachgegangen werden, welche Effekte Diskriminierungserfahrungen auf Muslime haben. Eine weitere Untersuchung der FRA in Städten mit hoher muslimischer Bevölkerung in Frankreich, Großbritannien und Spanien ergab, dass Jugendliche, die Diskriminierungserfahrungen gemacht hatten, häufiger auch selbst gewalttätig wurden. Auch zeigte sich, dass religiöse Diskriminierung vor allem muslimische Jugendliche betraf.

Mit Bezug auf Radikalisierung betont Vyzvaldova, dass diese nicht allein durch Diskriminierungs- oder Rassismuserfahrungen erklärt werden könne. Viele Faktoren spielen eine Rolle. Daher solle weniger über Islamophobie als unterstützender Faktor für Radikalisierung gesprochen werden. Vielmehr solle man schon einen Schritt vorher ansetzen und über negative Auswirkungen von sicherheitspolitischen Maßnahmen und Antiterrorismusstrategien diskutieren. Diese führten zu einer Stigmatisierung des Islam als Gefahr für die Sicherheit und nährten den Boden für Islamophobie. Politische Ansätze müssten vor diesem Hintergrund daraufhin hinterfragt werden, ob sie die richtigen Felder von Diskriminierung erreichen (insbesondere den Arbeitsmarkt), ob die Bildungseinrichtungen ausreichend aufgeklärt sind über Muslimfeindlichkeit und ob ein entsprechendes Umfeld besteht, das das Anzeigen von Diskriminierung erleichtert.

Maarten van de Donk

Maarten van de Donk vom Radicalisation Awareness Network (RAN), ein die EU Kommission beratendes Netzwerk, betrachtet Islamophobie als ein problematisches Konzept, da es die Bedeutung von Religion bei Identitätszuschreibungen überbetone. In gewisser Weise sei es nur ein neuer Begriff für bereits existierende Phänomene wie Diskriminierung oder die Angst vor Immigranten. Mit Blick auf die Syrien-Reisenden, die sich dem Terrornetzwerk ISIS anschließen, betont van de Donk, dass das Wissen über den Islam bei diesen Personen oft sehr gering sei. Daher müssten andere Ansatzpunkte zur Prävention von Radikalisierung gefunden werden, die über die Diskussion zu Islamfeindlichkeit hinausgehen. Ein Ansatzpunkt bestehe in der Stärkung von muslimischen Jugendlichen einerseits durch Eröffnung von gesellschaftlichen Chancen, andererseits aber auch durch eine Stärkung der eigenen Identität. Jugendliche müssten zur Emanzipation erzogen werden, wofür Erziehungskompetenzen bei Eltern von großer Bedeutung seien. Die fehlende Kenntnis der breiten Bevölkerung über den Islam, die Traditionen und Werte von Muslimen erschwerten es, „normales“ Verhalten von Radikalisierungstendenzen zu unterscheiden. Auch solle nicht von moderaten Muslimen gesprochen werden, da hierdurch Stigmatisierungsprozesse angeschoben würden. Abschließend fordert van de Donk, die Erkenntnisse aus dem Umgang mit Rechtsextremismus zu nutzen und nicht das Rad neu zu erfinden. Instrumente und Ansätze könnten auch auf die Prävention von islamistischem Extremismus übertragen werden.

Julie Pascoët vom European Network against Racims (ENAR) stellt abschließend die Perspektive von ENAR zum Thema vor. ENAR ist eine europäische Nichtregierungsorganisation, deren Ziel es ist, die Antirassismuspolitik der EU Institutionen zu beeinflussen. Sie nehmen dabei einen gruppenorientierten Ansatz beim Thema Rassismus ein und machen auf Umsetzungsdefizite bei EU-Politiken aufmerksam. Pascoët betont zu Beginn, dass zwar EU Verordnungen und Richtlinien bestehen. Das Problem liege jedoch in der lückenhaften Implementierung durch die EU Mitgliedstaaten. Pascoët merkt zudem an, dass es in der Art und Weise, wie EU Institutionen das Phänomen Rassismus betrachteten, an einer muslimspezifischen Sichtweise fehle. Gleichzeitig bestünde die Gefahr, dass die Vermischung der Begriffe Extremismus und Islamfeindlichkeit in der Debatte am Ende in repressiveren Maßnahmen endeten. Islamismus könne auch Folge von Antiterrorismuspolitiken sein. ENAR bevorzugt daher den Begriff „gewaltbereite religiöse Radikalisierung“ anstelle der Begriffe Radikalisierung oder Islamismus. Die Attentate von Paris haben einen Anstieg der Hasskriminalität und Islamfeindlichkeit ausgelöst. Die Mehrheit der Opfer seien Frauen und Mädchen. Islamfeindlichkeit habe also eine starke Genderkomponente. Dies lässt sich u. a. damit begründen, dass muslimische Frauen leichter zu erkennen sind (z. B. durch das Tragen des Kopftuchs) und vermeintlich schwächer als Männer sind. Pascoët lobt abschließend aus-

drücklich den Entschließungsantrag des Europäischen Parlaments für die Forderung nach nationalen Plänen gegen Islamfeindlichkeit. Nationale Strategien gegen Islamfeindlichkeit sind eine Hauptforderung von ENAR. Auch müssten Mitgliedstaaten dazu verpflichtet werden, Gleichbehandlungsdaten zu erheben.

Julie Pascoët, Maarten van de Donk, Katerina Vyzvaldova

In der anschließenden Debatte wird das große Interesse an einem Austausch von Good-Practice-Beispielen und gegenseitigem Lernen deutlich. Van de Donk erwähnt hier, dass Programme, die mit glaubhaften Erzählungen aus der Peer Group heraus arbeiten, häufig erfolgreich sind in der Präventionsarbeit. Auch wurde nach möglichen Auswirkungen auf die Menschenrechte nach den Attentaten in Paris gefragt. Vyzvaldova merkte dazu an, dass die FRA nach den Anschlägen einen Anstieg der Hassverbrechen gegen muslimische und jüdische Gemeinden notierte. Sie verweist dabei auch auf negative Auswirkungen von Profiling, also dem gezielten Überprüfen bestimmter Personengruppen anhand definierter Merkmale. Die FRA hat ein Handbuch dazu verfasst, wie Profiling – als legitimes Mittel von Polizeiarbeit – so genutzt werden kann, dass es nicht diskriminierend wirkt und mit den Menschenrechten vereinbar ist. Ein wichtiges Zeichen sei gewesen, dass die politischen Führer, z.B. in Deutschland, die Attentate gemeinsam abgelehnt und Einigkeit demonstriert haben. Kommunikation und vertrauensbildende Politiken seien auch in den nächsten Jahrzehnten elementar, um dem Problem der Islamfeindlichkeit zu begegnen. Neben der Kommunikation von Politikern sei der Bildungssektor von elementarer Bedeutung. Lehrkräfte müssten besser geschult werden. Florence Beclier aus Frankreich berichtet hier von Fällen, in denen Schülerinnen und Schüler die Teilnahme an der Schweigeminute für die Opfer der Paris-Attentate vom Januar verweigert hätten. Viele Lehrerinnen und Lehrer seien von dieser Reaktion überrascht und überfordert gewesen. Nach den Attentaten im November hat das Bildungsministerium daher Informationen und Tipps für Lehrkräfte bereitgestellt, um das Gedenken zu gestalten und mit abweichenden Reaktionen umgehen zu können. Gefragt nach den Hoffnungen und Erwartungen seitens ENAR an den neuen EU-Koordinator für die Bekämpfung von Muslimfeindlichkeit – David Friggieri – betont Pascoët, dass dadurch die Anerkennung für das Thema Islamfeindlichkeit gesteigert werde. Sie hofft zudem, dass es sich bei der Schaffung des neuen Amtes um mehr als eine Restrukturierung bestehender Kompetenzen handelt. Auch erhofft sie sich einen Impuls für die Durchsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinie.

3.6 Begrüßung und Überleitung

Irina Bohn vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. begrüßt die Teilnehmenden am zweiten Tag. Sie berichtet von der langjährigen Erfahrung des Instituts in der Antirassismusforschung, deren Umsetzung in die Praxis und Evaluation. Frau Bohn begrüßt den europäischen Austausch und zeigt sich gespannt, welche Ansätze von anderen Mitgliedstaaten bezüglich der Prävention von Islamismus und der Bekämpfung von Islamfeindlichkeit gewählt wurden.

3.7 Aktivitäten und Erfahrungen aus Frankreich und Österreich

Florence Beclier von der Délégation Interministérielle à la Lutte contre le Racisme et l'Antisémitisme (DICLA) zeigt sich zunächst erfreut über die Impulse und Ideen, die sie während der Veranstaltung bereits aus der deutschen Politik habe mitnehmen können. Aus Frankreich berichtet sie, dass die DICLA 2012 geschaffen wurde und sie seit 2014 beim Premierminister angesiedelt ist. Als Reaktion auf die Anschläge gegen Charlie Hebdo im Januar 2015 hat die französische Regierung im April 2015 einen 3-Jahres-Plan zum Kampf gegen Djihadismus verabschiedet. Bereits zuvor, Ende 2014, wurde ein nationaler Aktionsplan zum Kampf von Rassismus und Antisemitismus vom Premierminister auf den Weg gebracht. Dieser sieht eine Stärkung der Zivilgesellschaft und Präventionsmaßnahmen vor. Teil des Plans zum Kampf gegen Djihadismus ist eine Gratistelefonnummer, bei der man Hinweise auf Radikalisierung melden kann und bei der auch Beratung für betroffene Familienangehörige bereitgestellt wird. Die Besonderheit hierbei besteht in der Vernetzung der nationalen Behörde DICLA mit den Départments, die für Kinderschutz zuständig sind. Eine solche Zusammenarbeit ist bisher einmalig in der Geschichte. Jeder gemeldete Fall einer minderjährigen Person, die sich eventuell radikalisiert, wird von einer Begleitgruppe evaluiert. Dann werden gegebenenfalls Maßnahmen eingeleitet, sowohl sozialer als strafrechtlicher Natur, sofern nötig. Hierzu findet eine Zusammenarbeit mit Polizei und Sicherheitsdiensten statt. Neben den präventiven Maßnahmen werden auch Syrienrückkehrer begleitet, aber auch strafrechtlich verfolgt. Desweiteren werden im Rahmen des nationalen Plans vonseiten des Innenministeriums Schulungsprogramme für Lehrkräfte, Sozialarbeiter und Justizvollzugbeamte gefördert und durchgeführt. Zur Bekämpfung von Radikalisierung im Internet können Internetblogs gesperrt und deren Betreibung strafrechtlich verfolgt werden, wobei die Abschaltung von einer unabhängigen Kommission auf Verhältnismäßigkeit geprüft wird. Der nationale Plan gegen Rassismus und Antisemitismus zielt ab auf die Themenfelder Bildung und Prävention

Florence Beclier

(insbesondere im Internet) sowie die effektivere Vernetzung von vorhandenen Maßnahmen. Der Plan verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz und setzt an drei Hebeln an: Kultur und Bildung, Mobilisierung der Zivilgesellschaft zur Umsetzung der beschlossenen Regierungsmaßnahmen sowie Sanktionierung. Beispielhaft erwähnt Beclier, dass seit 2015 an den Schulen vermehrt republikanische und demokratische Werte im Unterricht behandelt werden, um zu verdeutlichen, welche Werte alle teilen und was die Nation Frankreich zusammenhält.

David Blum vom Österreichischen Bundesministerium für Inneres ist Leiter der Analyseeinheit beim österreichischen Verfassungsschutz, der anders als z. B. in Deutschland nicht Teil des Inlandsnachrichtendienstes ist, sondern Teil der Polizei. Bezüglich der Gefahrenlage in Österreich erklärt Blum, dass neben dem Rechtsextremismus in den vergangenen drei Jahren der islamistische Extremismus und Terrorismus zugenommen habe und seit dem Erstarken von ISIS die Zahl der Syrien-Ausreisen gestiegen sei. Österreich hat 250 Ausreisen und 70 Rückkehrer zu verzeichnen. Blum geht auf zwei Arten von Maßnahmen in Österreich ein: Maßnahmen, die das Ministerium ergriffen hat und Maßnahmen der Zivilgesellschaft mit staatlicher Unterstützung.

Das Innenministerium hat Maßnahmen zur Schulungen von „normalen“ Polizisten, vor allem der Präventionsbeamten auf den Weg gebracht. Außerdem wurde das Thema Radikalisierung in die Polizeiausbildung integriert. Im Bereich Justiz hat man auf Radikalisierungsfälle in Gefängnissen reagiert und 3.000 Justizbeamte geschult. In Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft wurde eine zentrale Beratungsstelle eingerichtet, an die die Bevölkerung sich mit Fragen zum Thema Radikalisierung seit Dezember 2014 wenden kann. Man habe sich viele Modelle u. a. in Deutschland angeschaut und von Erfahrungen profitiert. Die Beratungsstelle Extremismus wurde daraufhin bewusst nicht im Bereich des Innenministeriums und der Polizei angesiedelt, sondern wird vom Bundesministerium für Familie und Jugend gefördert, da in der Bevölkerung oft eine größere Hemmschwelle besteht, bei der Polizei anzurufen. Das Bundesnetzwerk offene Jugendarbeit, eine staatlich finanzierte Nichtregierungsorganisation, leitet die Beratungsstelle. Beim Aufbau war beidseitig viel Vertrauensbildung notwendig. Wichtig zu betonten sei, dass die Beratungsstelle eine Helpline und keine Hotline sei. Die Beratungsstelle dient als zentrale Präventionseinrichtung, sie hat kein Mandat in Bereich der Deradikalisierung. Sie beschäftigt fünf mehrsprachige Mitarbeitende (u. a. Arabisch, Türkisch, Russisch) und verfügt außerdem über einen Expertenpool, z. B. bei Anfragen nach Schulungen für Justizbeschäftigte und Lehrkräfte, von denen bereits 150 durchgeführt wurden. Aus 900 Kontaktaufnahmen bei der Beratungsstelle im ersten Jahr sind ca. 50 Familienbetreuungen entstanden. Die öffentliche Resonanz war sehr positiv, weshalb das Budget der Beratungsstelle aufgestockt wurde.

Desweiteren berichtet Blum von einem interministeriellen Lenkungsausschuss zur Prävention von Radikalisierung, in dem u. a. das Bildungs-, Justiz-, Sozial-, Familien- und Innenministerium sowie bei Bedarf weitere Ministerien vertreten sind. Hier wird ca. alle zwei Monate die politisch-strategische Ausrichtung in der Präventionspolitik besprochen. Blum betont, dass sich der Austausch in einer solchen Einrichtung als unabdingbar gezeigt hat, um Doppelgleisigkeit in der Politik der Ministerien zu vermeiden. Prävention soll dabei als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gesehen werden. Damit dies keine Plattitüde bleibe, gibt es gemein-

same Auftritte mit der Beratungsstelle. Hierbei soll auch klargestellt werden, ab wann die Polizei im Radikalisierungsprozess zuständig ist und eingreifen muss.

Die anschließende Diskussion macht das Interesse an unterschiedlichen Erfahrungen und einem Meinungsaustausch deutlich. So wird die Frage an Herrn Blum aus Österreich gestellt, ob Österreich der Forderung u.a. der FRA und ENAR nach einer nationalen Strategie zur Bekämpfung von Islamfeindlichkeit nachkomme. Derzeit gebe es in Österreich noch keine schriftliche Strategie, so Blum. Diese werde aber vermutlich noch kommen. Derzeit gibt es Überlegungen in der Beratungsstelle, wie Asyl- und Fremdenfeindlichkeit einbezogen werden können. Auch kommt die Frage auf, ob Islam- und Muslimfeindlichkeit eine Rolle in der Politik spielen. In Österreich müsse das Thema zwangsweise mitgedacht werden, so Blum, da der Islam seit 1912 eine staatlich anerkannte Religion ist. Das Islamgesetz und der Dachverband der Muslime – Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich – vereinfachen hierbei den Dialog. So gibt es Präventionsarbeit mit der Muslimischen Jugend Österreich.

Sera Choi aus dem BMFSFJ fragt Florence Beclier nach Maßnahmen der Primärprävention, da die beschriebenen Präventionsmaßnahmen aus deutschem Verständnis eher als Intervention zu verstehen sind. Beclier antwortet, dass es in Frankreich aus Gründen der Laizität keine Politiken gebe, die bestimmte Gemeinschaften adressieren, sondern nur einen universellen Politikansatz. Aus diesem Grund gibt es auch keine Präventionsmaßnahmen, die auf den Beginn des Radikalisierungsprozesses abzielen, da dies nur mit einem gruppenspezifischen Ansatz möglich sei. Beclier stellt klar, dass der französische Ansatz per se antidiskriminierend sei, da er nicht auf Merkmale bestimmter Gruppen abziele, sondern z. B. auf Jugendliche aus benachteiligten Gegenden.

Katja Schau vom Deutschen Jugendinstitut stellt noch einmal das Wissensdefizit in diesem Bereich heraus und fragt, welche Rolle Forschung und Wissenschaft in den nationalen Strategien spielt und welche Rolle die Einbindung muslimischer Organisationen spielt. Herr Blum stellt noch einmal dar, dass es ein großes Bedürfnis nach Wissen und Wissensvermittlung gebe, vor allem auch in der Bevölkerung. In Österreich gibt es insbesondere an der Universität Wien einen Schwerpunkt, der im Rahmen des RAN Österreich noch ausgebaut werden soll. Die Einbindung islamischer Organisationen findet, gestärkt durch das Islamgesetz, bereits statt. Beclier betont die Bedeutung der Fachpraktiker. Sie bräuchten mehr Informationen z. B. dazu wie sich Jugendliche radikalisieren. Im Rahmen des Aktionsplans in Frankreich wurde ein Wissenschaftsrat eingesetzt. Außerdem ist eine Finanzierung für die wissenschaftliche Forschung in diesem Bereich vorgesehen. Bezüglich der Zusammenarbeit mit muslimischen Organisationen hebt Beclier hervor, dass es häufig schwierig ist zu entscheiden, welche Vereine in den Dialog mit aufgenommen werden sollen und welche nicht. Hier stelle sich die Frage nach der Repräsentativität sowie nach dem Ziel und Zweck der Vereine. Gleichzeitig wird von den Diskutanten betont, dass das Empowerment der Muslime einen Selbstzweck darstellen müsse.

Abschließend tauchen Fragen danach auf, wie man die Früherkennung stärken könne und wie man mit Rückkehrern aus den ISIS-Gebieten in Syrien und dem Irak umgehe. Auch könne man sicher von deren Erfahrungen lernen, ähnlich wie bei Aussteigern aus der rechtsra-

dikalen Szene, und die negativen Erfahrungen zur Abschreckung nutzen. Blum betont, dass die Bewusstseinsbildung innerhalb der Bevölkerung die beste Förderung der Früherkennung sei. Zum Umgang mit Rückkehrern sei festzuhalten, dass hier in Österreich, wie auch in Frankreich, zunächst immer strafrechtlichen Ermittlungen aufgenommen werden. Wenn die Personen strafrechtlich nicht belangt werden, werden sie von Sozialarbeitenden betreut. Diese Betreuung stehe jedoch erst am Anfang der Entwicklung. Beclier erläutert, dass ISIS-Rückkehrer immer von den Geheimdiensten befragt würden. Minderjährige werden, soweit sie strafrechtlich nicht angeklagt werden, in Bildungsprogrammen betreut. Zur Vermeidung von Radikalisierung in Gefängnissen sollen ISIS-Rückkehrer dort isoliert werden. Gleichzeitig betont Beclier auch hier das enorme Wissensdefizit und den Bedarf an Wissensaustausch und -transfer.

3.8 Abschlusspodium: Was nehmen wir mit?

Ilona von Bethlenfalvy von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Migration und Innere Sicherheit, Referat Terrorismusbekämpfung: Prävention, erläutert zunächst das Begriffsverständnis und den Politikansatz der Kommission zum Thema Prävention. Sie verweist auf die European Agenda on Security, die mehr als repressive Maßnahmen beinhalte. Auch erwähnt sie die Finanzierung des RAN Netzwerkes, das nun ausgeweitet werde mit einem Centre of Excellence. Dieses habe die Aufgabe, Forschungsergebnisse für Fachpraktiker und Politik aufzubereiten. Das RAN stellt ihre Expertise den Mitgliedstaaten zur Verfügung. Grundsätzlich seien die Jugendsozialarbeiter von zentraler Bedeutung für die Prävention von Extremismus.

Die Kommission hat Empfehlungen an die Mitgliedstaaten erarbeitet, die durch die Arbeit von RAN inspiriert seien. Darunter befindet sich u. a. die Forderung, dass nationale Präventions- sowie Deradikalisierungsstrategien in den Mitgliedstaaten entwickelt werden sollen. Außerdem sollen nationale Netzwerke entwickelt werden, in denen verschiedene Akteure die Präventionspolitik begleiten. Die Kommission ist laut von Bethlenfalvy sehr aktiv in verschiedenen internationalen Foren, wie z. B. bei den UN. Am Ende komme es aber darauf an, dass die Lösungen auf die lokalen Bedürfnisse zugeschnitten seien. Sie macht dann deutlich, dass die Diskussion sich häufig auf Syrien/ISIS-Ausreisende fokussiere. Gleichzeitig sei aber deutlich, dass der Rechts- und Linksextremismus ansteige. Die Antwort der EU auf gewaltbereite Radikalisierung sollte sich daher nicht auf eine spezielle Gruppe beschränken.

Joël Le Déroff von ENAR macht auf die Frage nach dem größten Handlungsbedarf auf europäischer Ebene deutlich, dass die Prävention von Rassismus nicht ohne die betroffenen Opfer ablaufen dürfe. Dabei sollte ein universeller Ansatz nicht in Frage gestellt werden. Aber es bestehen auch bestimmte Besonderheiten, etwa mit Bezug auf Islamfeindlichkeit, da sich Diskriminierungsformen stark unterscheiden können. Le Déroff begrüßt an dieser Stelle ausdrücklich die Ernennung des EU Koordinators zur Bekämpfung von Muslimfeindlichkeit, auch um die Vertrauensbildung voranzutreiben. Da einige der Themen in diesem Bereich – Hassreden, Diversity, Antidiskriminierung, etc. - in die Kompetenz der Mitgliedstaaten fallen, ruft ENAR den EU-Ministerrat auf, hier tätig zu werden.

Katerina Vyzvaldova von der FRA macht deutlich, dass die EU bereits einen starken Rechtsrahmen im Bereich Antirassismus vorweisen könne. Das Problem sei eher, dass viele Personen diesen nicht kennen würden. Sie betont, dass es wichtig ist, Islamfeindlichkeit und Diskriminierung eigenständig zu bekämpfen und nicht bloß als Mittel der Extremismusprävention zu verstehen. Ein wesentliches Problem sieht sie im fehlenden Vertrauen von Minderheiten in die Behörden und Institutionen. Daher liege die Herausforderung vor allem darin, eine widerstandsfähige und inklusive Gesellschaft zu bilden. Auch dürfe Rassismus nicht nur auf Hassverbrechen reduziert werden, denn Hassverbrechen seien ein weitgehend unumstrittenes Thema, Rassismus hingegen habe mehr Facetten und sei deutlich kontroverser.

Abou Taam betont in der anschließenden Diskussion, dass Radikalisierung ein milieu- und generationenübergreifendes Phänomen sei. In Westeuropa seien aber vor allem Jugendliche betroffen, da die gesellschaftlich verstärkten Identitätskrisen – als Nährboden von Radikalisierung – in der Gruppe der Personen zwischen 15 und 30 Jahren am stärksten ausgeprägt seien. Einer möglichen Identitätskrise werde von Seiten der Extremisten mit dem Narrativ begegnet, der Einzelne sei in der Lage, Geschichte zu schreiben.

Katja Schau macht noch einmal deutlich, dass es viele Lücken im Bezug auf die empirischen Daten gebe, sowohl qualitativ als auch quantitativ und darüber wie Radikalisierungsprozesse

ablaufen. Aber es gebe auch eine hohe Plausibilität, dass Narrativen der Nichtzugehörigkeit („Du gehörst hier nicht her“) im Radikalisierungsprozess eine Rolle spielen.

Frau Choi bedankt sich abschließend bei allen Teilnehmenden für die interessanten Diskussionen. Man habe Einblicke in unterschiedliche Ansätze der Prävention von islamistischem Extremismus bei Jugendlichen einerseits und die Bekämpfung von Islam- und Muslimfeindlichkeit andererseits bekommen. Hier bestehe weiterhin ein großer Bedarf an europaweitem Austausch, sowohl über das Wissen zu Radikalisierungsprozessen als auch über erfolgreiche Maßnahmen zur Prävention.

4 Liste der Teilnehmenden

Dr. Marwan Abou Taam	Academic Expert to the Office of Criminal Investigation Rhineland-Palatinate / Wissenschaftlicher Experte Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz
Florence Beclier	Délégation Interministérielle à la Lutte Contre le Racisme et l'Anti-sémitisme / Interministerielle Delegation für den Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus
David Blum	Austrian Federal Ministry of the Interior / Österreichisches Bundesministerium für Inneres
Irina Bohn	Institute for Social Work and Social Education e.V. / Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS e.V.)
Sera Choi	Federal Ministry for Family Affairs, Senior Citizens, Women and Youth / Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Gregor Dietz	Hessian Centre for Information and Expertise against Extremism / Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE)
Ana Gomes, MEP	Member of European Parliament / Mitglied des Europäischen Parlaments
Dr. Sören Hoyer	Observatory for Sociopolitical Developments in Europe / Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa
Joël Le Déroff	European Network against Racism / Europäisches Netzwerk gegen Rassismus (ENAR)
Dr. Götz Nordbruch	ufuq.de
Julie Pascoët	European Network against Racism / Europäisches Netzwerk gegen Rassismus (ENAR)

Lena Reinschmidt	Observatory for Sociopolitical Developments in Europe / Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa
Rudolf Roy	German Federal Ministry of the Interior / Deutsches Bundesministerium des Inneren
Katja Schau	German Youth Institute / Deutsches Jugendinstitut (DJI)
Maarten van de Donk	Radicalisation Awareness Network (RAN)
Nilden Vardar	Federal Ministry for Family Affairs, Senior Citizens, Women and Youth / Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ilona von Bethlenfalvy	European Commission / Europäische Kommission
Katerina Vyzvaldova	European Union Agency for Fundamental Rights / Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA)

5 Präsentationen

I. Preventing Islamist radicalisation of youth and the role of fighting Islamophobia and discrimination against Muslims – Dr. Marwan Abou Taam
II. Live Democracy! Active against Right-wing Extremism, Violence and Hate. The support for democracy and against extremism – Nilden Vardar
III. Hesse Information and Competence Centre to Counter Extremism (HKE) – Gregor Dietz
IV. Civic education on Islam, anti-Muslim racism and Islamism Empowering Muslim youngsters, building resilience against radical religious ideologies – Dr. Götz Nordbruch

RheinlandPfalz
LANDESKRIMINALAMT

European Expert Meeting: Preventing Islamist radicalisation of youth and the role of fighting Islamophobia and discrimination against Muslims

Dr. Marwan Abou Taam

I

RheinlandPfalz
LANDESKRIMINALAMT

Extremism	Fundamentalism	Radicalism
Rejection of values, procedures and institutions of the democratic l states	Politicization of religion	Political attitudes that will change a prevailing social order fundamentally
Offenses which are directed against the democratic constitution	Moralism that wants to prevail by force in a society	uncompromising insistence on basic positions. Intolerance against the attitudes and values of other

Target direction: elimination of the fundamental values of liberal democracy

RheinlandPfalz
LANDESKRIMINALAMT

Structural Properties

- Claim to sole representation with respect to absolute truths
- hermetic worldview
- distinction between good and evil
- own system of concepts/ Codes/ Language
- Moving away from democracy and liberality

RheinlandPfalz
LANDESKRIMINALAMT

Radicalization

Culturally

- Escape of the individual into the "bondage closed collectives".

Intellectually

- The escape from the open discourse into the "unjustifiable and groundless secrets of foundations“

Politically

- Rejection of the rules of democracy

RheinlandPfalz
LANDESKRIMINALAMT

Radical Settings

- Fundamentalist concepts are dualistic
- Eternal battle between "good" and "evil“
- Simplification of complex issues
- Sacralization of a particular reading of the story
- Linear understanding of history
- Dictatorship of the text (text orthodoxy)

RheinlandPfalz
LANDESKRIMINALAMT

Islamophobia

•Islam condemned as an obscurantist religion, closed to any form of progressive thought.

•The idea of an Arab Muslim world which is violent, fanatical and amoral.

•The fear of seeing populations of Magreb and Turkey, immigrating to Europe

•The propaganda chain : Arabs- the terrorist acts of 11.09.- economical slump

Reasons to keep Islam in the distance (according to Mass-Media)

RheinlandPfalz LANDESKRIMINALAMT

- Islam and democracy seem to be contradictory
- Every Islamic pressure from Nigeria to Afghanistan, means an extension of the Shari' a, i.e. less rights for the women, for the Non-Moslems and even for the Moslems.
- Today, in Islam, the non-Moslem minorities are reduced as shagreen leather… Moslem colonies multiply in Europe.
- From Cyprus to Indonesia the frontiers of Islam are blood-stained.
- Islamism, the only modern ideology, openly opposed to the Human rights, fast established in some states and desiring to impose itself in the world , even by the force.

Islamophobia/ Anti Muslim racism

RheinlandPfalz LANDESKRIMINALAMT

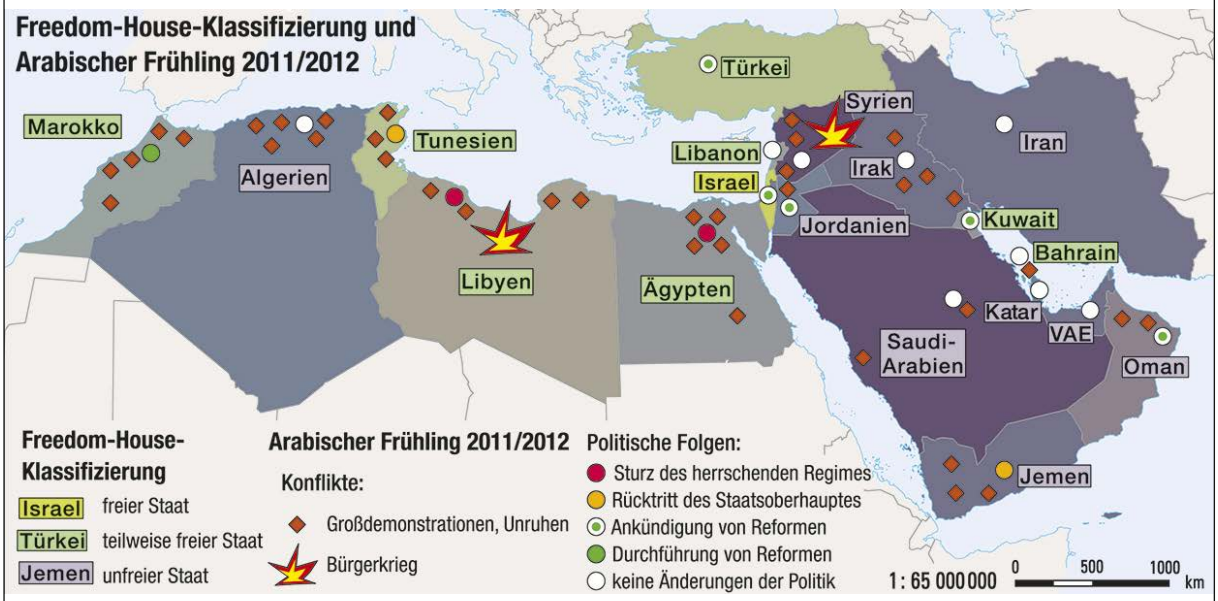
- The biggest obstacle in challenging Islamophobia:
  - lack of monitoring
  - lack of hard information and statistics
- Andreas Zick & Beate Küpper (Group focused Hate)
  - 16.6% of Germans believe "The Muslim culture fits well into Germany"
  - 44% of Europeans surveyed agree somewhat or completely with the statement: "There are too many Muslims "
  - "Islam is a religion of intolerance." 52.2% of German respondents and 54.4% of Europeans surveyed agree or strongly agree.

Islam today

RheinlandPfalz
LANDESKRIMINALAMT

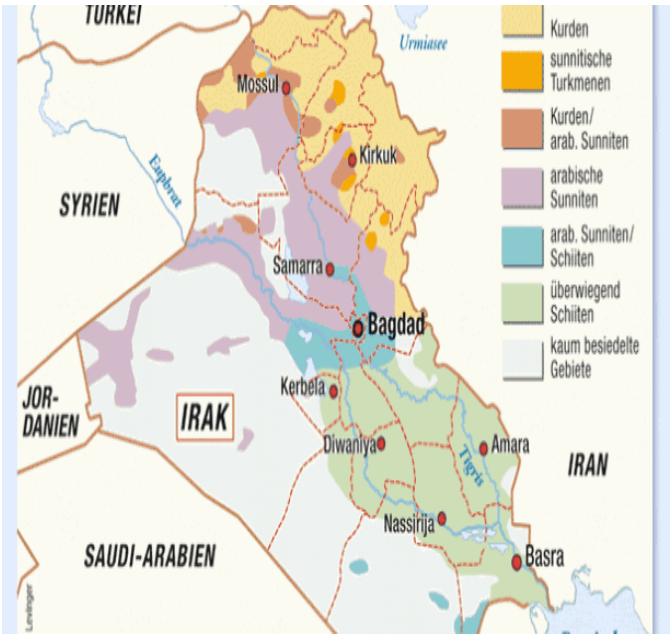
Arab spring

RheinlandPfalz
LANDESKRIMINALAMT



Irak 2003-2014

RheinlandPfalz
LANDESKRIMINALAMT



The evolution of IS

RheinlandPfalz
LANDESKRIMINALAMT

- At-Tauhīd wa-l-Dschihād (2003–04)

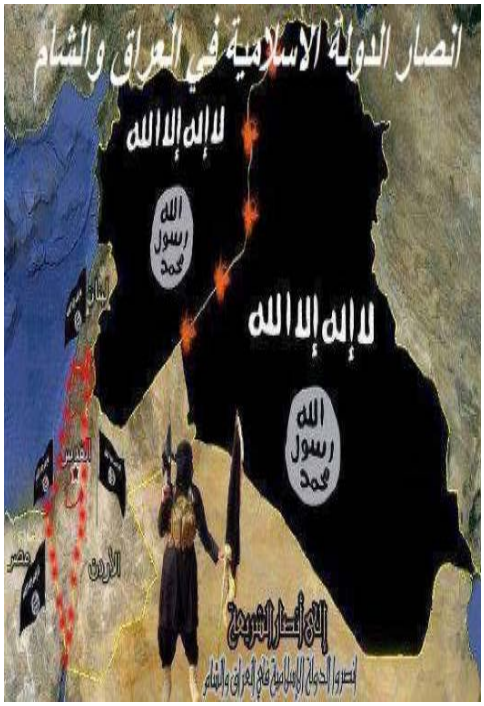
- Qāʿidat al-Dschihād fi Bilād ar-Rāfidain (2004–2006)
- 2006 formation of IS

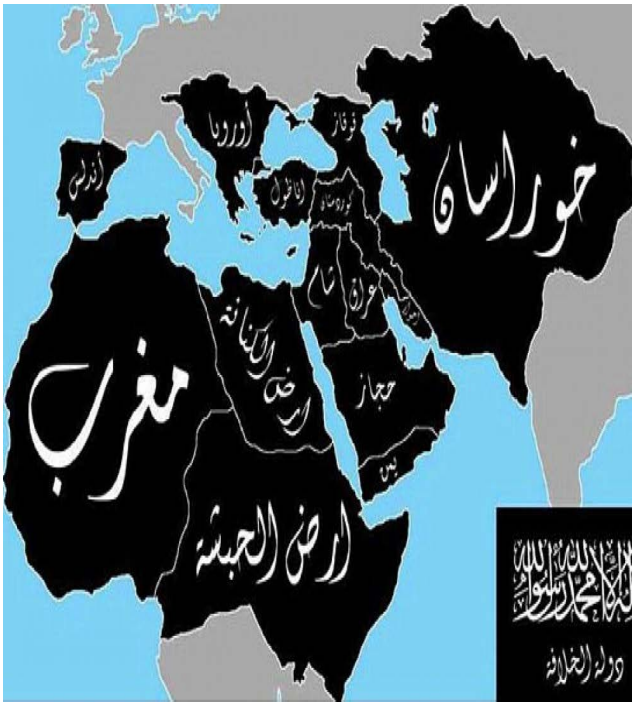
- ISIS (2013)

- Foundation of the calaifat 2014

IS – The Utopia

RheinlandPfalz
LANDESKRIMINALAMT





To understand IS - we must study geopolitics

RheinlandPfalz
LANDESKRIMINALAMT

Islam - Europe's "second religion"

RheinlandPfalz
LANDESKRIMINALAMT

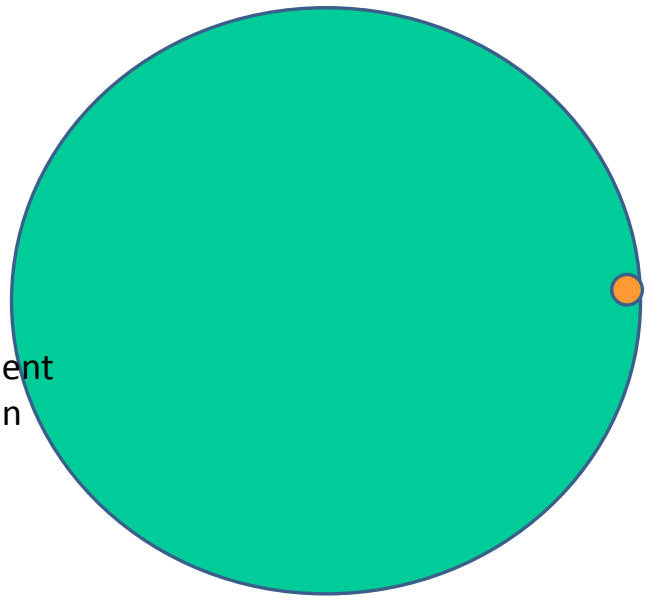
- today: Nearly 20 million inhabitants of the EU are Moslems:
- by 2020 Moslems will be 10% of the overall population of Europe

Salafism in Gemany

RheinlandPfalz
LANDESKRIMINALAMT

Muslim in Deutschland
ca. 4 Mio. Personen

Salafist (ca. 9000)
- 1000 potentially Violent
- 670 foreign fighters in Syria



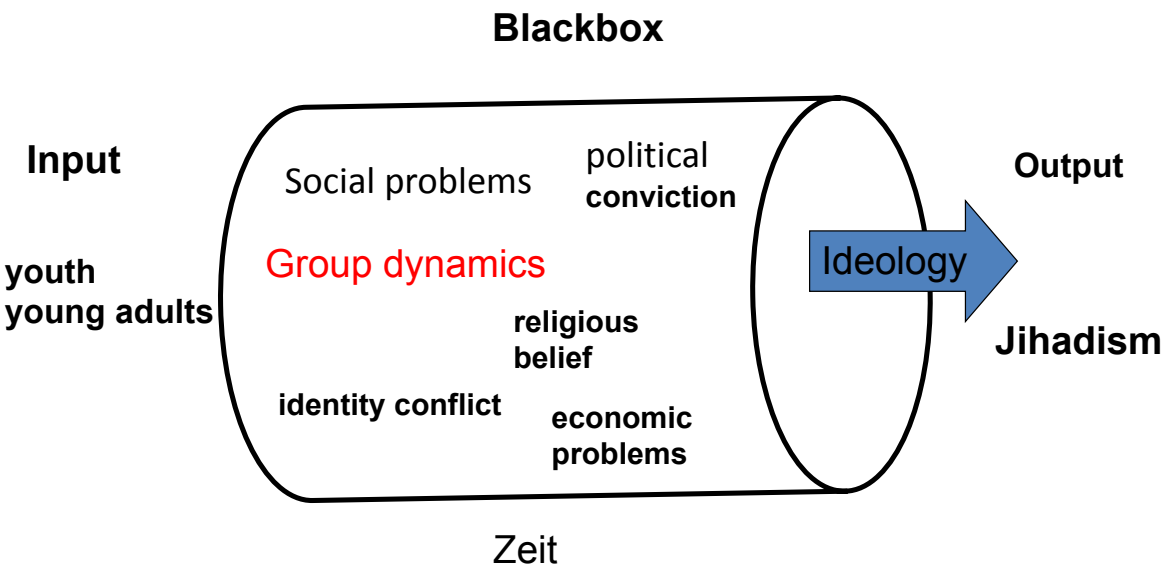
Radicalization in Germany

RheinlandPfalz LANDESKRIMINALAMT

- Radicalized immigrated
- Muslims who are emotionally connected with countries of origin
- Salafism as a youth movement and culture of Protest :
  - Muslims
  - converts

Way to radicalization

RheinlandPfalz LANDESKRIMINALAMT



Ideologische Entwicklung

RheinlandPfalz
LANDESKRIMINALAMT

Daw´a

Conflict/ Deprivation → Selfdefinition whithin a group → Willingness to change

Salafismus / Segregation

Jihadism

Pre-radicalization | Identification | Indoctrination | manifestation

Salafism

RheinlandPfalz
LANDESKRIMINALAMT

- Faith in Qur'an and Sunnah
  - Idealization of the early days of the first Muslims in Mecca Medina
  - implementing God's commandments into practice
  - following a literalist understanding of the Koran (the uncreated, unchanging, timeless Word of God) and opposing historical-critical hermeneutics approaches
- Tawhid: there is only one God:
  - any action that indicates that something or someone is revered or worshiped besides God, is a sign of heresy
  - disclaiming any authority which does not refer to God
    - Rejection of philosophy
    - Rejection of Islamic mysticism
    - Rejection: visiting the graves of saints (Ziyarat al-Qubur)

20:35:26

Salafism

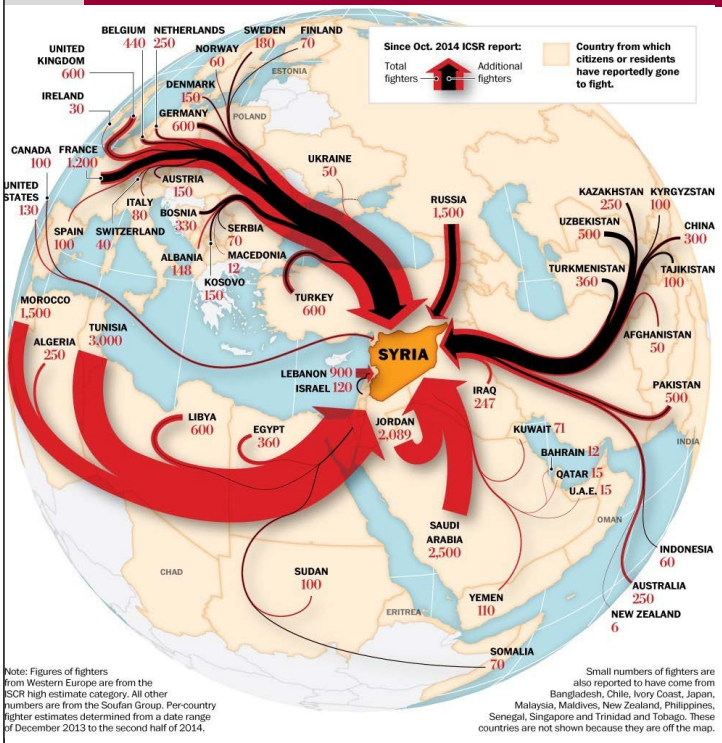
RheinlandPfalz LANDESKRIMINALAMT

- Takfir: exclusion of Muslims
  - All non-Salafis are infidels (also "Muslims")
  - Fighting in jihad
- Manhağ / Method: "al-ittiba 'wa al-zam ibtida'" (compliance [sacred texts] and the disapproval of the introduction ILLEGAL innovations)
- "Demonstrative guidance" (al- haddi az-Zahir)
- al-walā' Wal-Bara'a (loyalty and broken)

20:35:26

Foreign Fighters

RheinlandPfalz LANDESKRIMINALAMT



- **Transnational Identity in Civic Conflicts**
- Spanish Civil War
- Israeli War of Independence
- Kongo
- Afghanistan
- Bosnia
- Syria …

- transnational insurgencies have existed for centuries
- most Contemporary Foreign Fighters are Muslims
- But: in the first half of the twentieth century, most foreign fighters were Communist and nationalists before that they were anarchist

Source: The Washington Post

Conclusion

RheinlandPfalz
LANDESKRIMINALAMT

- Problem of returnees
- Polarization of Islam discourse
- increasing securitization of socio-political phenomena
- Extremism promoting extremism
- Increasing diffusion of inter-ethnic / national conflicts
- Problem is meetin Europe whithin a demographic turning

RheinlandPfalz
LANDESKRIMINALAMT

Vielen Dank!

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie leben!

Live Democracy!

Active against Right-wing Extremism, Violence and Hate

The support for democracy and against extremism

European Expert Meeting:
Preventing Islamist radicalisation of youth and the role of fighting Islamophobia
Brussels, December 10th - 11th 2015

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie leben!

Democracy promotion and prevention of radicalisation at all levels

- The federal programme funds **civic engagement and democratic practice** at the **local, regional („Länder“) and federal level**
- For the overall programme **a total of 50 Mio. Euro** has been made available
- In order to enhance **planning reliability** all structural and pilot based projects have a **max.funding period of 5 years**.

Seite 2

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Demokratie leben!

Live Democracy!

Active against Right-wing Extremism, Violence and Hate

Sustainable structures			Pilot Projects	
Local level	**Regional level („Länder“)**	**Federal level**		
217 Local Partnerships for Democracy with local competence and coordination units	**16 Democracy Centres** coordination of counseling and support services, mobile counselling teams and exit counselling services	Funding of Structural Development of **28 NGOs with nation-wide impact scale**	**60 Pilot Projects on selected phenomena of Group-related-Hate and approaches to strengthen democracy in rural areas:** - Antisemitism - Islamophobia - Anti-Gypsyism - Homophobia and Transphobia	**46 Piot Projects on ways to prevent radicalisation** - Right-wing-extremism - Islamist extremism - Left-wing militancy
Implementation and further programme partners Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (Federal Agency für Familiy and Civil Tasks), Deutsches Jugendinstitut (German Youth Institute), Forum of Competence				

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Demokratie leben!

Local Partnerships for Democracy

- 217 Towns, cities, municipalities, districts
- Funding of
  - Competence and coordination units
  - Action and initiative fund
  - Participation, public relations and networking
  - Youth participation via youth fund
- Special funds of max. 10.000 € for measures against violent religious radicalisation

→ 103 municipalities have received this additional funding in 2015

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie leben!

Democracy Centres

- 16 Democracy Centres at Federal State („Länder“) level
- Federal State-wide coordination, counselling and networking
- Network of counselling and support services
- Mobile Counselling & Victims‘ Counselling Services
- Disengagement and exit counselling
- Each Democracy Centre is entitled to special funds of max. 40.000,00 € per year for measures against religious radicalization
- 11 Federal States have applied for and received this additional funding

Seite 5

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie leben!

Democracy Centres

- Additionally, Democracy Centres have the possibility to apply for the funding of a pilot project aimed at **the prevention of religious radicalisation (up to 130.000 €)**

- **Requirements:**
  - Structural improvement
  - Sustainablity
  - Model character
  - Innovative character

- 7 Democracy Centres have established pilot projects

Seite 6

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Demokratie leben!

Pilot Projects of 7 Democracy Centres

Modellvorhaben der Länder zur Radikalisierungsprävention:

- **Baden-Württemberg:** Aufbau einer landesweiten Vernetzungs- und Koordinierungsfachstelle, Stärkung von Beratungs- und Bildungsstrukturen
  Träger: Jugendstiftung Baden-Württemberg
- **Bayern:** Einrichtung eines landesweiten Präventionsnetzwerks, Wissenstransfer im Themenfeld
  Träger: Ufuq e.V.
- **Berlin:** Fortbildung und Qualifizierung von Fachkräften der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit
  Träger: Ufuq e.V.
- **Hamburg:** Sozialräumlich konzipiertes Präventions- und Beratungsangebot
  Träger: Basis & Woge e.V.
- **Hessen:** Zielgruppenorientierte politische Bildungsarbeit, Qualifizierung von Multiplikatoren, Stärkung der Handlungskompetenz
  Träger: Violence Prevention Network e.V. (VPN)
- **NRW:** Aufbau eines landesweiten Kompetenz- und Beratungsnetzwerks, Qualifizierung von pädagogischen Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe
  Träger: Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e.V. (AJS), Landesstelle NRW
- **Rheinland-Pfalz:** Qualifizierung von Multiplikatoren in der Präventionsarbeit
  Träger: Paritätisches Bildungswerk, Landesverband Rheinlad-Pfalz e.V.

Seite 7

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Demokratie leben!

Structural Development of nation-wide NGOs

- 28 NGOs with a nation-wide impact scale receive funding for their structural development
- Fields of expertise: Countering Right-wing extremism, combating racism, and other forms of Group-related Hate such as Antisemitism, Islamophobia, Anti-Gypsyism, Homophobia, Transphobia
- Development of a nation-wide infrastructure with nation-wide impact
- Professional and methodological expertise
- Exchange and networking at the national and international level

Seite 8

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie leben!

NGOs with a nation-wide impact scale

- Aktion Courage e.V.-Schule ohne Rassismus-Schule mit Courage
- Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.
- Amadeu Antonio Stiftung
- Anne Frank Zentrum
- Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd) e.V.
- Archiv der Jugendkulturen e. V.
- BBE Geschäftsstelle gGmbH
- Cultures Interactive - Verein zur Interkulturellen Bildung und Gewaltprävention e. V.
- Dialog macht Schule gGmbH
- Dokumentations- & Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma e.V.
- Förderverein Bundesweite Mobile Beratung e. V.
- Gegen Vergessen - Für Demokratie e. V.
- Gesicht zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland
- ISTA Institut für den Situationsansatz/Fachstelle Kinderwelten für Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung
- Jugendnetzwerk Lambda e. V. Bundesgeschäftsstelle
- Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus - KIgA e. V.
- LidiceHaus Jugendbildungsstätte Bremen gGmbH
- Mach meinen Kumpel nicht an! - für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e. V.
- Netzwerk für Demokratie und Courage e. V.
- Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) e. V.
- Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa
- Türkische Gemeinde in Deutschland e. V. (TGD)
- Ufuq e. V.
- Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt c/o ReachOut
- Violence Prevention Network e. V.
- ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH
- Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.
- Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt e.V. (ARuG)

Seite 9

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie leben!

Pilot Projects on selected phenomena of Group-related-Hate

60 Pilot projects

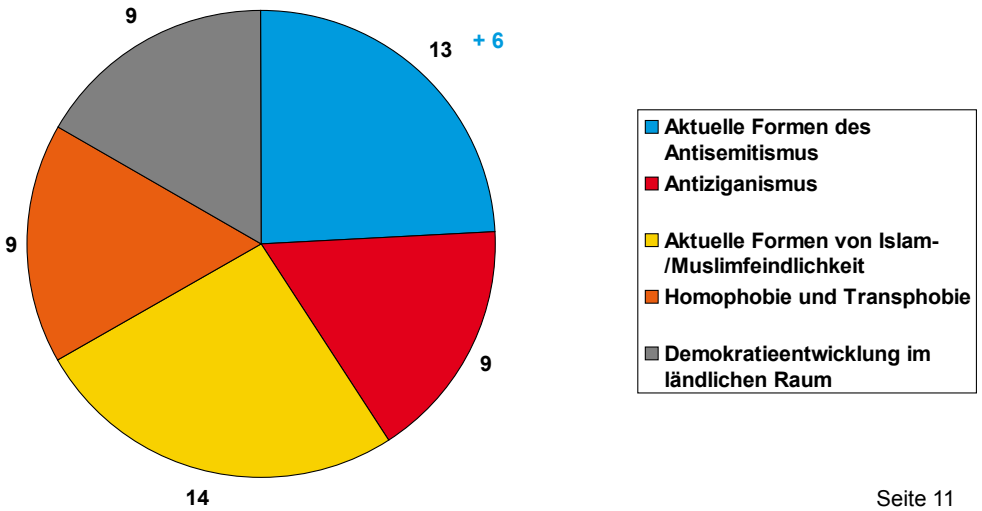
- Current forms of Antisemitism
- Manifestations of Islamphobia
- Anti-Gypsyism
- Homophobia and Transphobia
- Democracy promotion in rural areas

Seite 10

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie leben!

Thematic distribution of pilot projects on Group-related Hate



Seite 11

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie leben!

Pilot Projects on Prevention of Radicalisation

46 Pilot Projects

Prevention of Radicalisation

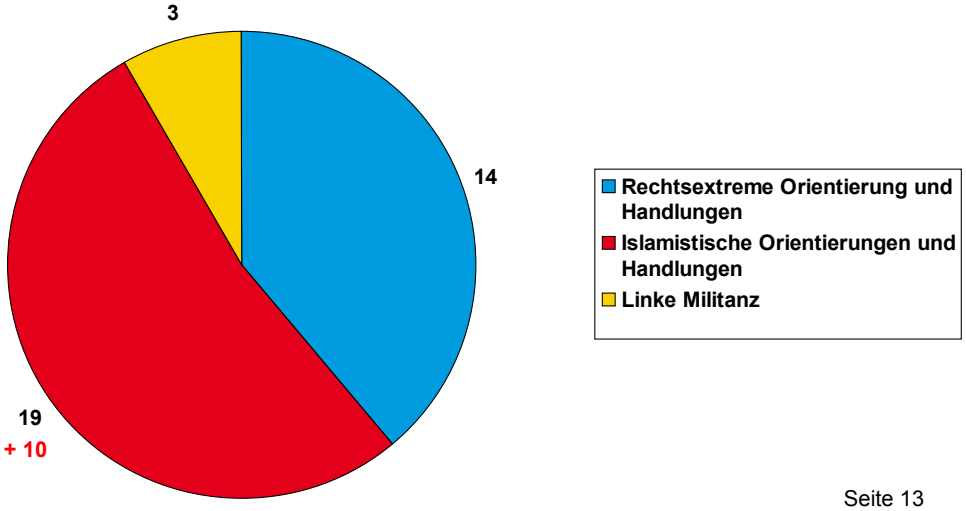
- Right-wing extremism
- Violent extremism on religious grounds
- Violent and anti-democratic manifestations of left-wing militancy

Seite 12

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Demokratie leben!

Thematic distribution of Pilot Projects on Prevention of Radicalisation



Seite 13

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Demokratie leben!

Pilot Projects on violent extremism on religious grounds

Unterschiedliche Ansätze werden erprobt (Auswahl):

- **„#selam - Gemeinsam stark im Pott“**
  Träger: IFAK e.V. - Verein für multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe
  Aufsuchende Jugendarbeit, Sensibilisierung, Schulung
- **„180 Grad Wende“**
  Träger: Jugendbildungs- und Sozialwerk Goethe e.V.
  Aufbau eines Multiplikatorennetzwerks, Peer-Group-Ansatz
- **„Kultur als Veränderungspotential im Justizvollzug“**
  Träger: Förderverein JVA Holzstraße e.V.
  Entwicklung von Konzepten für reflektierte Kulturarbeit im Strafvollzug
- **„Akteure der Jugendbildung stärken - Jugendliche vor Radikalisierung schützen“**
  Träger: Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e.V. (KiGa)
  Entwicklung von päd. Konzepten, Qualifizierung, Online-Plattform

Seite 14

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Demokratie leben!

2. round selection of pilot projects on violent extremism on religious grounds

Schwerpunkt auf Auswahl von muslimischen Trägern (Auswahl):

- **DITIB Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.**
  „Muslimische Jugend – Friedliche Zukunft“
- **Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V. (ZMD)**
  „Respekt und Teilhabe: Prävention mit der Safer Space Strategie“
- **SCHURA - Islamische Religionsgemeinschaft Bremen e.V.**
  „Pro Islam-Gegen Radikalisierung und Extremismus. - AL-E'TIDAL“
- **Rat muslimischer Studierender & Akademiker e. V. (RAMSA)**
  „DERAD - Netzwerk sozialer Zusammenhalt, Prävention, Deradikalisierung, Demokratie“
- **MINA - Muslimisches Frauenbildungszentrum e.V.**
  „Radikal nett und engagiert!!!“
- **Bündnis der Islamischen Gemeinden in Norddeutschland e. V. (BIG)**
  „Think Social Now 2.0 - Verantwortung übernehmen im Internet“

Seite 15

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Demokratie leben!

Conceptual approach towards prevention of radicalisation

- **Holistic understanding of prevention**
  Taking reciprocal interrelations between different phenomena into account, avoiding stigmatization effects, etc.
- **Potential-oriented** (instead of deficit-oriented) pedagogical approaches
- **Well-interlinked relevant actors and stakeholders on local and regional and federal level** in order to make use of **synergies**
- **Strengthening civil society structures** in order to ensure **sustainability**
- **Inclusion of the Muslim community** and Muslim stakeholders, strenghtening Islamic civil society structures
- **Peer-Group-Approach**

Seite 16

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Demokratie leben!

Further fields of action on prevention of radicalisation

- **Internet: Online-Contest**

  - **I,Slam** as a Islamic youth initiative
  - **Multi-dimensional concept of the** project:
    - **Engagement with questions on** (religious) identity, society, Islamophobia and radicalization on religious grounds
    - **Empowerment** and **capacity-building** through workshops
    - **Competition entries serve as „counter narrative“ in** social-media-plattforms (Facebook, Twitter, Youtube, etc.)

Seite 17

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Demokratie leben!

Further fields of action on prevention of radicalisation

- **Research association „Junge Menschen und gewaltorientierter Islamismus - Biografische Verläufe, Entwicklungswege und sozialräumliche Konstellationen“**

  - **Interdisciplinary:** IIT Osnabrück, IKG Bielefeld, DJI München/Halle (Islamic Studies, Social Psychology, Youth Sociology)

  - **Biographical research**: reconstruction of biographies of radicalized young people will deliver in-depth insight into the development, self-interpretations and motivations of young people who have joined violence-oriented radical groups and/or “returnees"

  - **Practice-oriented:** research results serve as basis for adequate and target-group oriented pedagogical prevention and intervention

Seite 18

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie leben!

Further tasks

- Interministerial Working Group on „Democracy promotion and prevention of extremism“ (IMA)
- Research Center for Prevention of Right-Wing Extremism and Radicalization of the DJI
- Scientific monitoring and evaluation
- jugendschutz.net
- Public Relations

Seite 19

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie leben!

Thank you very much for your attention!

For further information, see: www.demokratie-leben.de

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

HESSEN

Hesse Information and Competence Centre to Counter Extremism (HKE)

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

HESSEN

Hesse Information and Competence Centre to Counter Extremism (LPP 16)

Steering group

- HMdIS
- HMdJ
- HSMI
- HKM
- LfV Hessen
- HLKA
- N.N.

Tasks and goals

Coordinating Hesse's programmes/projects
Serving as point of contact for all relevant actors
Expanding project efforts and funding possibilities

Right-wing extremism

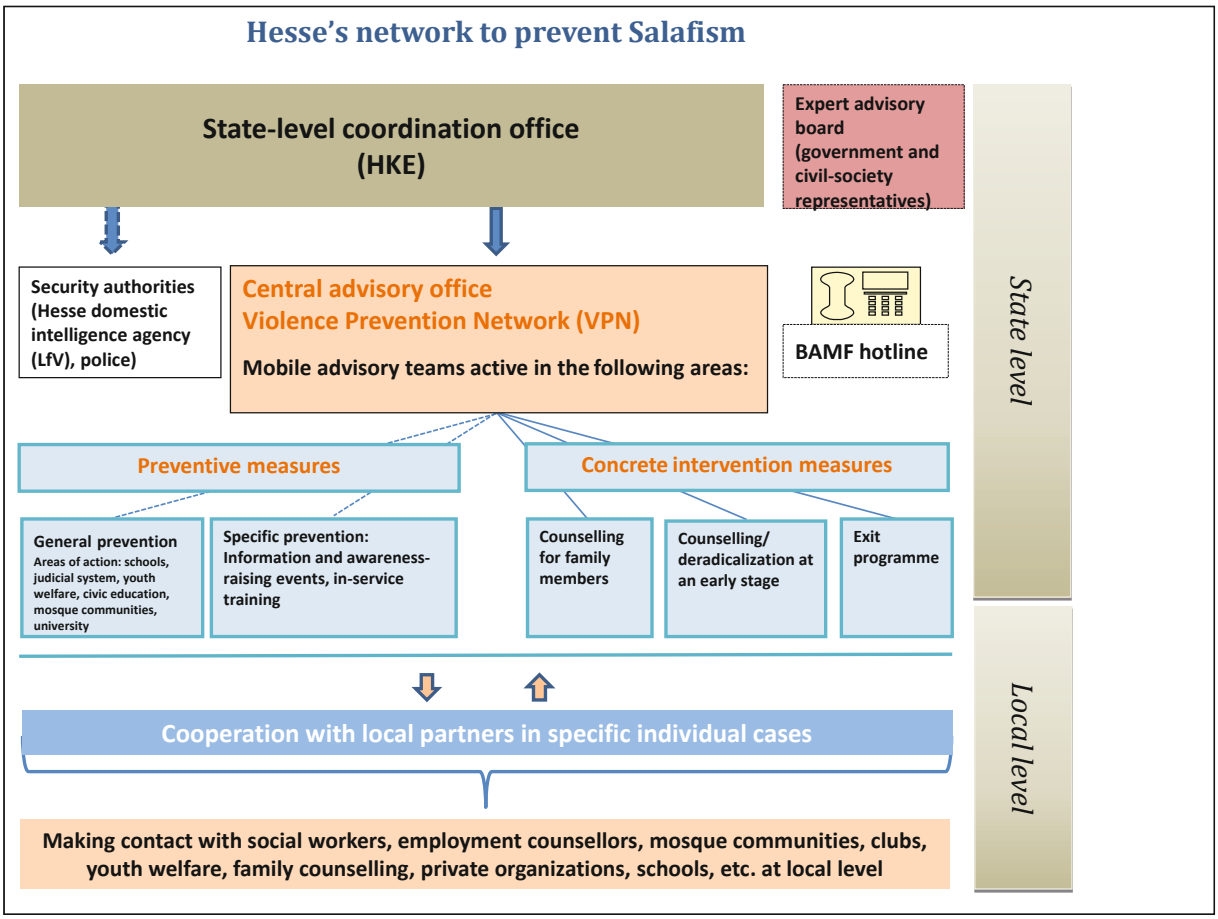
- ✓ beratungsNetzwerk
- ✓ Rote Linie
- ✓ IKARus
- ✓ KOREX
- ✓ Partnerschaften für Demokratie

Islamist extremism

- ✓ *Präventionsnetzwerk Salafismus (Salafism prevention network)*
  - ✓ Prevention (general and specific)
  - ✓ Intervention (counselling for family members, deradicalization, exit assistance)

Other

- Extremism by foreign nationals
- Left-wing extremism
- pp.


Hesse's network to prevent Salafism
State-level coordination office (HKE)
Expert advisory board (government and civil-society representatives)
Security authorities (Hesse domestic intelligence agency (LfV), police)
Central advisory office
Violence Prevention Network (VPN)
Mobile advisory teams active in the following areas:
BAMF hotline
State level
Preventive measures
Concrete intervention measures
General prevention
Areas of action: schools, judicial system, youth welfare, civic education, mosque communities, university
Specific prevention: Information and awareness-raising events, in-service training
Counselling for family members
Counselling/ deradicalization at an early stage
Exit programme
Local level
Cooperation with local partners in specific individual cases
Making contact with social workers, employment counsellors, mosque communities, clubs, youth welfare, family counselling, private organizations, schools, etc. at local level

Civic education on Islam, anti-Muslim racism and Islamism

Empowering Muslim youngsters, building resilience against radical religious ideologies

Götz Nordbruch

Brussels, 10 Dec 2015

ufuq.de Jugendkulturen, Islam & politische Bildung

UFUQ – „HORIZONS“

ufuq.de

- *„Islam is part of German society.“*
- *Strengthening cultural and religious diversity, empowering Muslim youngsters, preventing antipluralist and antidemocratic orientations*
- *Working with (Muslim) youngsters on- and offline*
- *Training practitioners and local actors*
- *Knowledge transfer between research and education / social work*

2

ONLINE PLATFORM

ufuq.de

3

TARGET GROUPS

ufuq.de

4

I. ADDRESSING RELIGIOUS INTERESTS

ufuq.de

5

II. ADDRESSING DISCRIMINATION AND GRIEVANCES

ufuq.de

6

III. THINKING BEYOND „US“ AND „THEM“

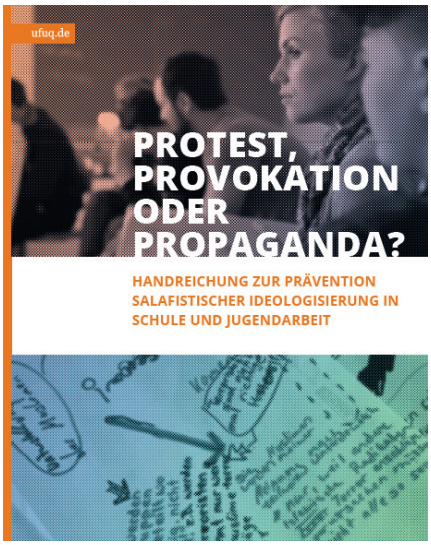
ufuq.de

Je suis Charlie *et* Muslim!

7

III. THINKING BEYOND „US“ AND „THEM“

ufuq.de



8

CONTACT

ufuq.de

Götz Nordbruch
goetz.nordbruch@ufuq.de

ufuq.de
Wissmannstr. 20-21
12049 Berlin
Germany

www.ufuq.de
www.facebook.de/ufuq.de

9

IMPRESSUM

Herausgeber:

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.
Hausanschrift: Zeilweg 42, D-60439 Frankfurt a. M.
Tel.: +49 (0) 69 - 95 789 - 0
Fax: +49 (0) 69 - 95 789 - 190
Internet: http://www.iss-ffm.de
E-Mail: info@iss-ffm.de

Diese Publikation ist eine Veröffentlichung der „Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa“. Die Beobachtungsstelle ist ein Projekt, das aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), D-11018 Berlin, gefördert wird.
Die Website der Beobachtungsstelle: http://www.beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.eu

Die Publikation gibt nicht die Auffassung der Bundesregierung wieder. Die Verantwortung für den Inhalt obliegt dem Herausgeber bzw. der/dem jeweiligen Autor/in.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

Träger der Beobachtungsstelle:

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.

Autorin und Autor:

Lena Reinschmidt (lena.reinschmidt@iss-ffm.de)

Dr. Sören Hoyer (soeren.hoyer@iss-ffm.de)

Bildnachweise:

Titelbild: www.shutterstock.com/A.Lucky

Alle anderen Bilder: Copyright ISS

Auflage:

Diese Veröffentlichung ist nur als PDF unter http://www.beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.de verfügbar.

Erscheinungsdatum: Mai 2016

Träger: